

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Helmut Rohde MdB, AFA-Bundsvorsitzender, wirft Arbeitgebern und Union vor, den Sozialstaat zerschlagen zu wollen.

Seite 1

Peter Ulrich MdA, Berliner SPD-Landesvorsitzender, beschreibt die Rolle des 20. Juli 1944 für die heutige Politik.

Seite 3

Hellmut Sieglerschmidt MdEP analysiert die Lage im Fall des von Ausweisung bedrohten Türken Cemal Altun.

Seite 4

Horst Sielaff MdB stellt Reiseeindrücke eines zehntägigen Aufenthalts in Polen vor.

Seite 5

Buchbesprechung

Herta Däubler-Gmelin über "Die SPD von innen. Bestandsaufnahme an der Basis der Partei," von Horst Becker und Bodo Hombach.

Seite 7

38. Jahrgang / 136

20. Juli 1983

Die Union verursacht Armut

Es geht um eine grundlegende Zäsur in der Bundesrepublik

Von Helmut Rohde MdB

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AFA)

Mitglied des SPD-Vorstandes

Was derzeit aus dem konservativ-liberalen Lager von Politik und Wirtschaft unter der Überschrift "Denkanstöße" in die Öffentlichkeit transportiert wird, sind in Wahrheit Schläge in das Rückgrat des Sozialstaates. Die Auslassungen von Haimo George, der der erste Mann für die Sozialpolitik der CDU/CSU im Bundestag ist, und von Gesamtmetall-Sprecher Dieter Kirchner sowie die Zukunftsskizzen von Blüm und Geißler sind nicht mehr Eingriffe in Einzelheiten des Arbeits- und Tarifrechts und der sozialen Sicherung, sondern Vorentwürfe einer grundlegenden Zäsur im sozialen Leben der Bundesrepublik.

Das vollzieht sich auf dreifache Weise:

- Was George und Kirchner für das Arbeitsleben parat halten - Beseitigung der Lohnfortzahlung bei Krankheit, Eingriffe in die Einkommen der Niedriglohngruppen (George) und Lohnabschläge in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit (Kirchner), Abbau der Schutzvorschriften für Frauen, Mütter, Jugend-



liche und Behinderte und anderes mehr -, ist eine Kampfansage an die politischen und gewerkschaftlichen Errungenschaften von drei Jahrzehnten, an die arbeits- und tarifrechtlichen Rahmenbedingungen, die das Gleichgewicht im Sozialstaat ausmachen. Die "Denkanstöße" der George und Kirchner sind die ewig gleichen Antworten der Konservativen auf die Herausforderung der Massenarbeitslosigkeit: Sie polemisieren gegen Beschäftigungsprogramme und Arbeitszeitverkürzung und versuchen, dem Einzelnen Schuld und Verantwortung für die Arbeitslosigkeit in die Schuhe zu schieben, statt sich über die gemeinsame Verantwortung von Wirtschaft und öffentlichen Händen Rechenschaft abzulegen.

- Das zweite Ziel der Wendemacher ist das Gesamtsystem der sozialen Sicherung. Was hier in den letzten Monaten an sich immer wiederholenden (und teils widersprechenden) Einzelmaßnahmen in die finanziellen Grundlagen vorgenommen worden ist, das ist nur das Vorspiel für eine tiefgehende Veränderung unseres sozialen Sicherungssystems. Was George und Kirchner für das Arbeitsrecht und die Tarifpolitik an Denkanstößen ausgehen, wiederholt sich in der Sozialpolitik Norbert Blüms und der Bundesregierung.
- Der dritte, bedrückende Angriff richtet sich gegen die Sozialhilfe. Hinter Geißlers Operation steht eine Skizze für die Art und Weise, wie ein abgetakelter und in seinem Charakter veränderter Sozialstaat sich auf die Sozialhilfe auswirken wird. Es ist die Planung für eine neue Armut in der industriellen Gesellschaft.

Es ist noch nicht lange her, da machte die Union einen Parteitag in Mannheim unter der Überschrift "Die neue soziale Frage". Sie meinte damit die Armutsgefahren in der industriellen Gesellschaft. Jetzt macht die Union nicht mehr über die Armut einen Parteitag, jetzt macht sie die Armut selbst.

(-/20.7.1983/ks/va)

+ + +



Ansporn zur Friedenssicherung

Der 20. Juli 1944 und unsere Aufgaben heute

Von Peter Ulrich MdB

Vorsitzender der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin und
Landesvorsitzender der SPD-Berlin

Das Bewußtsein für die Jahre der Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus, das in unserem Land lange verschüttet war, ist insbesondere in diesem Jahr, in dem sich die nationalsozialistische Machtergreifung zum fünfzigsten Male jährt, lebendiger geworden. Zahlreiche Gruppen und Initiativen haben sich auf wissenschaftlicher und kultureller Ebene mit den Ereignissen dieser Jahre beschäftigt. Besonders hervorzuheben ist, daß gerade jüngere Menschen sich intensiv mit den Ursachen der Entstehung des Nationalsozialismus und seiner Folgen befassen. Sie beschränken sich dabei nicht auf das bloße Studium von Büchern, sondern versuchen, auch eigene Beiträge zur Erforschung und Verdeutlichung dieser Zeit zu leisten.

Beispiele solcher Aktivitäten sind die Stadtrundfahrten des Landesjugendringes zu Stätten des Naziterrors, Aktivitäten bezirklicher Gruppen, die sich mit der Geschichte des Widerstandes in ihren Stadtbezirken auseinandersetzen und Diskussionsabende, in denen alte Mitbürger und Widerstandskämpfer ihre Erfahrungen in den Zeiten des "Dritten Reiches" den meist jugendlichen Zuhörern unmittelbar und eindringlich schildern. Im weiteren Sinne gehören dazu auch Aktionen, wie das Übermalen ausländerfeindlicher Parolen, da hierdurch ein Beitrag zur Bekämpfung des Wiedererstehens faschistischer Tendenzen geleistet werden kann.

Durch solche Aktivitäten wissen heute auch mehr Menschen als früher, daß der 20. Juli 1944 nicht der einzige Versuch war, Hitler zu widerstehen. Sie wissen, daß Gegner des Nationalsozialismus unterschiedlichster Weltanschauungen, darunter Sozialdemokraten in großer Zahl, schon von 1933 an verfolgt wurden, weil sie sich von Anfang an gegen die Gewalt und die Willkür engagierten, weil sie sich nicht anpaßten.

Das nimmt dem Geschehen vom 20. Juli 1944 nichts von seiner Bedeutung. Und selbst im Scheitern war es ein deutliches Zeichen. Ein Zeichen des Abscheues, des Aufbegehrens gegen die Tyrannei und ein unbändiges Bekenntnis zur Menschenwürde, zur Achtung der persönlichen Freiheit und zur Wiederherstellung des Rechtes. Daran sollten wir denken, wenn wir uns heute der Männer und Frauen, die das Attentat vorbereiteten oder an ihm mitwirkten, erinnern. Darin waren sie sich einig, die Männer und Frauen des Widerstandes: Sie wollten den Krieg beenden und dem Recht wieder zur Herrschaft verhelfen.

Für uns Sozialdemokraten ist dieser 20. Juli Mahnung und Ansporn zugleich, unbeirrt unsere Politik der Friedenssicherung nach innen und außen fortzusetzen. Dazu zählt das entschiedene Eintreten für die Rechte von Minderheiten in unserer Gesellschaft, der Kampf für das friedliche Zusammenleben der deutschen und ausländischen Mitbürger, die Wachsamkeit gegenüber einem Wiederaufleben neonazistischer Aktivitäten und das zähe Ringen um Verständnis für unseren Wunsch nach einem Verhandlungsergebnis in Genf, das die Aufstellung neuer Raketen in unserem Lande überflüssig macht.

(-/20.7.1983/ks/va)

+ + +



Zeichen der Hoffnung

Reiseeindrücke eines zehntägigen Besuchs in Polen

Von Horst Sielaff MdB

Bundesvorsitzender des Zentralverbandes Mittel- und Ostdeutscher

"Wir beten jeden Tag für den Frieden in der Welt", versicherte uns beim Abschied ein Pauliner-Pater in Tschenstochau. Und: "Wir brauchen gemeinsam Frieden in der Welt, versucht gemeinsam mit uns zu verhindern, daß die Versöhnungspolitik zwischen Ost und West, zwischen Polen und Deutschen aufgegeben wird." Nach Auffassung polnischer Politiker ist der Westen "ein Stück nach rechts gerückt". Die Äußerungen des CSU-Innenministers Zimmermann über die deutschen Grenzen von 1937 haben dabei in Polen nicht überrascht. Sie wecken aber neue Ängste vor der Politik der Deutschen. "Es ist die Aussage eines schlechten Anfangs der neuen Bundesregierung. Wir wissen nicht, wie das Ende ist", so die Bemerkung eines Sejm-Abgeordneten dazu.

Die Worte des CDU-MdB Czaja auf dem Schlesiertreffen, Breslau sei eine deutsche Stadt wie ganz Schlesien, wurde im polnischen Fernsehen im Originalton auf deutsch wiedergegeben. Dabei wurde besonders registriert, daß Regierungsmitglieder die Äußerungen mit Beifall bedachten und man in Polen wohl davon ausgehen müsse, daß die neue Bundesregierung diese Meinung ebenfalls vertrete.

Der Wirtschaftsboykott der US-Regierung hat Polen stark getroffen, aber die Polen haben dadurch langsam begriffen, sie könnten sich nur auf sich selbst verlassen, so ein polnischer Politiker.

Über die Friedensinitiativen in der Bundesrepublik Deutschland zeigten sich die Polen gut informiert, bis hin zu den Diskussionen auf dem Evangelischen Kirchentag '83 in Hannover. "Das Wettrüsten darf nicht erneut in Gang gesetzt werden, die Kosten dafür hat auch Polen zu tragen". "Einen nächsten Krieg überlebt weder Krakau noch Nürnberg", war das Resümee eines Gespräches in der alten polnischen Stadt Krakau.

Den deutschen Politikerinnen und Politikern wurde von polnischer Seite immer wieder versichert, daß der Prozeß der Normalisierung in Polen fortschreite. Die Periode des Streiks sei vorüber. Allerdings wurde auch nicht geleugnet, daß in Polen noch viele Leute kein Vertrauen zur Regierung haben. Die von der "Solidarität" aufgegriffenen Probleme müßten auf der Tagesordnung bleiben und weiter verfolgt werden. Andererseits verlange die Solidarnosc zuviel Kompetenzen - Kompetenzen, die ihr nicht zustünden.

"Wir sind ein sozialistisches Land und so eines bleiben wir auch mit allen Konsequenzen", so die polnischen Politiker - und: "alleine können wir die Probleme in unserem Lande nicht lösen. Wir sind auf Hilfe von anderen, insbesondere von der Sowjetunion, angewiesen." Im Prozeß der Normalisierung setzt die politische Führung in Polen offensichtlich große Hoffnungen auf die "Patriotische Bewegung für nationale Wiedergeburt" (Pron). Die Pron - so hofft man - soll zu einer Bewegung der Verständigung in Polen werden. Die christliche Organisation, Persönlichkeiten aus der Wissenschaft, Politiker und Leute aus der Solidarnosc sollten innerhalb der patriotischen Bewegung zu einem kritischen Partner der Regierung werden. Abbau des Bürokratismus, Bildung kleiner Arbeitsgruppen, die sich mit vorhandenen Jugendproblemen beschäftigen und Lösungsmöglichkeiten menschlicher Probleme aufzeigen, wurden uns als Aufgabenbereiche der Pron



genannt, aber auch die Vorbereitung der Basis der Bürger/innen für die Regierung. Sie sollte eine soziale Bürgerorganisation aber kein Teil der Machtstruktur im Lande sein.

Die Frage, ob es eine Organisation gegen die alte Solidarnosc und ein Ersatz für die teilweise aufgelösten Künstler- und Schriftstellerorganisationen sei, bleibt dabei unbeantwortet. Daß ein Teil der Bevölkerung ablehnend gegen die neue Bewegung eingestellt ist, wird zugegeben, aber hinzugefügt, diese Unfreundlichkeit gegen Pron sei nicht so stark ausgeprägt, daß im Gegenteil Pron bereits eine massenhafte Bewegung sei, mit der alle in Polen rechnen müßten.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Situation in Polen offensichtlich beruhigt und entspannt. Standen vor einem Jahr noch alle wichtigen Aus- und Zufahrtsstraßen zu den Großstädten unter militärischer Kontrolle, so sind heute diese Kontrollstellen im ganzen Land verschwunden.

Die Schlangen vor den Läden sind wesentlich kleiner und seltener geworden. Die Grundversorgung wurde besser in der Zwischenzeit. Allerdings kostet ein Pfund Kaffee immer noch eine durchschnittliche Monatsrente und die Fleisch- und Wurstversorgung ist weiterhin äußerst schwierig. Viele kleine Läden wissen nicht, ob sie die nächsten Monate überstehen, weil es kaum notwendige Materialsendungen gibt. Die Politiker in Polen hoffen allerdings, daß das Land bald selbst ausreichend Lebensmittel hat, um die Bevölkerung zu beliefern.

Beeindruckend und wohl auch nicht nachvollziehbar für Besuch aus dem Westen war die Begegnung mit der Volksreligiosität in Polen. Die Bedeutung der Katholischen Kirche für die Normalisierung in Polen war überall spürbar. Die katholische Kirche und der Papst scheinen sich ihrer besonderen Verantwortung in Polen aber auch voll bewußt zu sein.

Bedrückend war der Besuch der ehemaligen Konzentrationslager Birkenau und Auschwitz. Schreckensvorstellungen angesichts der Rampe in Birkenau, an der aussortiert wurde, wer sofort vernichtet werden sollte, und wer den Kampf ums Überleben in einer der Baracken mit den dreistöckigen Verhauen für je 1.000 bis 1.500 Häftlinge noch einmal aufnehmen durfte. Ich wurde an die geschichtsverfälschende Äußerung des CDU-Politikers Hupka erinnert, der heutige Zustand Deutschlands sei nicht mit Hitler erklärbar, sondern Schuld daran sei die Sowjetunion. Und auch die schreckliche Äußerung des CDU-Familienministers Geißler, "Auschwitz wurde erst durch den Pazifismus ermöglicht", erzeugt angesichts der vielen umgebrachten Pazifisten eine tiefe Scham.

Eine Reise nach Polen hinterläßt Anstöße zum Nachdenken über manche westliche Selbstverständlichkeit. Und klar wird auch: Die Friedens- und Entspannungspolitik der beiden Bundeskanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt hat die Grundbedingungen geschaffen, daß wir Deutschen aus der Bundesrepublik Deutschland heute gern gesehene Gäste in der Volksrepublik Polen sind.
(-/20.7.1983/ks/va)

+ + +



BUCHBESPRECHUNG

Die SPD unter dem Röntgenschirm

Horst Becker/Bodo Hombach (Hrsg.): Die SPD von Innen. Bestandsaufnahme an der Basis der Partei. Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1983, 159 Seiten. DM 19,60.

Von Herta Däubler-Gmelin, Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Mitglied des Parteivorstandes der SPD.

"Die Zukunft der Sozialdemokratie", so lautet das Leitmotiv des Buches, "hängt davon ab, ob ihre Organisation in der Lage ist, politische Ideale ihrer Wähler in der politischen Praxis durchzusetzen". Und eben weil dies richtig ist, ist es für die Partei wichtig, sich selbstkritisch auf den Prüfstand zu stellen, wie das mit der vorliegenden Veröffentlichung geschieht. In welchem Maße sind wir, wir die Partei, fähig, politische Ideale der Bürger, unserer potentiellen Wähler, zu bündeln, in politische Entscheidungen umzusetzen beziehungsweise an der Formung der politischen Ideale mitzuwirken? Wie volksnah sind unsere Volksparteien? Nach Grundgesetz und Parteiengesetz sollten die Parteien für eine ständige lebendige Verbindung zwischen Volk und Staatsorgan sorgen, also offen gegenüber der Außenwelt sein. Die Sachverständigenkommission "Parteienfinanzierung" hat hierzu kritisch die gegenläufige Tendenz, die außerordentlich starke Konzentration der Parteien auf parteiinterne Angelegenheiten, beobachtet. Sie sieht darin eine Ursache für "die bei weiten Teilen der Bevölkerung festzustellende Distanz gegenüber Parteien".

Diese - auch von Johannes Rau im Vorwort zu diesem Buch registrierte "Parteienverdrossenheit", die in den Parteien aufgearbeitet werden muß, um ihr entgegenzuwirken, wird etwa sichtbar, wenn eine knappe Mehrheit der Bevölkerung (INFAS, Dezember 1982) die Ansicht vertritt "Den Parteien geht es eigentlich nur um die Stimmen, aber nicht darum, was die Leute denken." Das schon erstaunlich distanzierte Verhältnis weiter Teile der Bevölkerung zu "den Parteien als Institution" wird auch erkennbar, wenn man sich vor Augen hält, daß unter den Institutionen, zu denen Bürger "Vertrauen" haben (Emnid, März 1982), "die Parteien" an letzter Stelle (!) nach 16 anderen (nach beispielsweise Bundesverfassungsgericht, Gesundheitswesen, Justiz, Rundfunk, Bundeswehr, Verfassungsschutz und verschiedenes andere) rangieren. Hier also sind alle Parteien gefordert, nicht nur die SPD, aber sie auch, und als Bundestags-Opposition gerade jetzt. Die von Becker/Hombach präsentierte Studie ist ein ebenso interessanter wie hilfreicher Beitrag dazu. Im Material sicherlich regional auf den SPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen begrenzt, aber von bundesweitem Interesse. Sie verarbeitet im Schwerpunkt empirisches Material aus einer Befragung (im organisationspolitisch schwierigen Jahr 1981) von 561 SPD-Ortsvereinsvorständen (einer repräsentativen Stichprobe der 1676 nordrhein-westfälischen Ortsvereine) und von Delegiertenerhebungen auf Bezirks- und Landesebene.

Sie gehen mit der Untersuchung der Frage nach, in welchem Maße Mitgliedschaft und Funktionärschaft der SPD die Bevölkerung, beziehungsweise vor allem die von uns besonders vertretenen Schichten widerspiegeln, und in welchem Maße die Arbeitsformen der Partei dazu beitragen, "wieder mehr im direkten Gespräch vom Wähler zu lernen" (so die programmatische Forderung von Johannes Rau).

Die Studie erweist: Die Dominanz der Männer gegenüber den Frauen in allen Parteien, auch in der SPD, bleibt ein Problem. Haben Frauen mit rund 23 Prozent Mitgliederanteil in der SPD noch ein durchaus beachtliches Gewicht, sind sie allerdings im Kreise der Funktionäre und Mandatsträger nach wie vor sichtlich unterrepräsentiert.

Ohne Verschleiерungen spricht die Studie auch die Unterrepräsentanz gewerblicher Arbeitnehmer in der Funktionärschaft der SPD an. Zwar stellt diese für die Politik der SPD besonders bedeutende Personengruppe etwa ein Viertel der Parteimitglieder, was ihrem Anteil in der Bevölkerung in etwa entspricht, aber nur cirka 15 Prozent der Ortsvereinsvorstandsmitglieder. Hier dominieren die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.



Als besorgniserregend schildern die Autoren den schwindenden Anteil junger Menschen in der SPD (eine Tendenz, die sich in den letzten Monaten abschwächt).

Freilich erscheint es als (bewußt von den Autoren in Kauf genommene) Schwäche der Studie, daß sie sich auf - allerdings erfreulich verständliche und überzeugende - Präsentation der durch das "Röntgenbild" der Befragungen (Johannes Rau) gewonnenen "Diagnose" beschränkt.

Die hier vorliegende glasklare Diagnose (etwa die Unterrepräsentanz von Frauen oder von gewerblichen Arbeitnehmern unter unseren Funktionären, die schwindende Attraktivität unserer Partei unter den Jugendlichen) ist allemal die Voraussetzung für eine erfolgversprechende Therapie. Sicher hilfreich für die zukünftige Arbeit erscheint es, die "Bestandsaufnahme" mit der Beschreibung von erfolgreichen und von mißglückten Therapie-Versuchen zu ergänzen. Etwa auf die Unterrepräsentation von Frauen bezogen wirft die Studie Fragen auf, deren Beantwortung uns alle fordern sollte:

Wie sind die enormen regionalen Schwankungen bei vergleichbarer Wohnstruktur beim Frauenanteil in der SPD erklärlich? In Hessen-Nord zum Beispiel stellen die SPD-Frauen nur einen Anteil von 17,9 Prozent, in Schleswig-Holstein 27,8 Prozent. Welche Maßnahmen zur Mitgliederwerbung leiten sich daraus ab? Einerseits sind die SPD-Frauen in Funktionen und Mandaten unterrepräsentiert, andererseits weist die Studie aus, daß die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) vor Jusos und mit großem Abstand vor der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AFA) die präsenteste Arbeitsgemeinschaft ist. Bereitschaft zur Aktivität besteht also bei den SPD-Frauen. Wie entsteht demgegenüber die mangelnde Teilhabe in den Funktionen der Partei und wie kann dem entgegengewirkt werden?

Den Autoren ist zuzustimmen, wenn sie für die diagnostizierte Vorherrschaft von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes objektive Gründe heranzuführen (Startvorteile durch dort vorherrschende Arbeitsinhalte und Arbeitsformen) und sich einer - manchmal in der Partei anzutreffenden - abschätzigen Bewertung dieser Gruppe enthalten. Doch gerade in einem Land, wie Nordrhein-Westfalen, wäre die Beantwortung der Frage interessant, ob es denn nirgendwo übertragbare Beispiele der Ortsvereinsarbeit gibt, wie die Mitwirkung gewerblicher Arbeitnehmer verstärkt werden kann.

Diese und andere Fragen stellen sich für diesen wie für andere erkannte Schwachpunkte unserer Parteiorganisation. Gebraucht wird als Anknüpfungspunkt zu diesem Buch kein am grünen Tisch entstandenes Theorie-Papier. Notwendig ist für die Lösung dieser Probleme die systematische Zusammenstellung von Erfahrungen "vor Ort". Kein Rezeptbuch, ein "Anregungsbuch". Die Autoren beabsichtigen erfreulicherweise ebendies in einem "Fortsetzungsbuch", das noch in diesem Jahr stehen soll.

Wie notwendig dies ist, wird gerade im zweiten Bereich der Studie deutlich. Hier geht es um die Aktivitäten und Arbeit der Ortsvereine. Es wird gezeigt, daß unsere traditionellen Mitgliederversammlungen, deren Notwendigkeit dadurch natürlich nicht relativiert wird, sehr zu "in-group-Treffen" einer schmalen aktiven Mitgliederschicht tendieren und demgegenüber die Arbeit mit dem Bürger zu kurz kommt.

Aber gerade in diesem zentralen organisationspolitischen Bereich kann die SPD sich nicht damit zufrieden geben, auf Bewährtes zurückzugreifen (zum Beispiel Bürgerzeitungen, gesellige Zusammenkünfte).

Bürgernahe Organisationsarbeit. Was wir brauchen ist ein Wettbewerb der Ideen. Unsere Partei, unsere 10.000 Ortsvereine verfügen über einen ungeheuren Schatz an Erfahrungen. Er muß gehoben werden. Erfahrungen - gute wie schlechte - müssen systematisiert werden. Diese Aufgabe kann nicht beim SPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen allein hängenbleiben. Hier ist die Gesamtpartei und nicht zuletzt der Parteivorstand gefordert, unterstützend zu wirken.

Die erste Auflage des Buches ist bereits in den wenigen Wochen des Erscheinens vergriffen, eine leicht überarbeitete zweite Auflage in Vorbereitung. Der Studie ist die Aufmerksamkeit und Verbreitung zu wünschen, die ihr zukommt. (-/20.7.1983/ks/va)

+ + +

